

## Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:45 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Richard Woldmer

### ANWESENDE:

#### SPD

Ratsherr Richard Woldmer  
Beigeordneter Bernd Bornemann  
Ratsherr Richard Janssen  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Ihno Slieter

#### CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Heinz-Werner Janßen für Ratsherrn Herbert Buisker  
Ratsherr Hinrich Odinga

#### FDP

Ratsherr Meinhard Meißner für Beigeordneten Erich Bolinius  
Beigeordnete Hillgriet Eilers  
Ratsherr Franz Melles

### Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen  
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

### Beratende Mitglieder

Herr Jannes de Boer  
Herr Dieter Dilling  
Herr Horst von Fehren  
Herr Johann Janssen  
Herr Gustavo Mejia-Yepes

### Von der Verwaltung

Stadtbaurat Andreas Docter  
FB-Leiter 300 Patrick de La Lanne  
FB-Leiter 400 Wolfgang Münch  
FDL 362 Rainer Kinzel  
Kom. FDL 361 Ulrich Fortmann  
FD 361 Michael Bernhardt  
Protokollführerin Elke Bokker

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

### **Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Woldmer** begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der örtlichen Presse und die anwesenden Zuschauer, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Woldmer** weist ferner auf die um 18.30 Uhr stattfindende Ratssitzung hin. Hier solle dem Rat die Gelegenheit gegeben werden, die renovierte Nordseehalle zu begutachten. Er müsse aber sehr beklagen, dass es für diese Besichtigung nur diesen einen Termin gebe, der sich mit dem Stadtentwicklungsausschuss überschneide, worüber er sich auch beim Oberbürgermeister beklagt habe. Er könne diese Sitzung nicht abbrechen, gleichwohl stünde jedem das Recht auf Wahrnehmung solcher Termine zu. **Herr Woldmer** bat ausdrücklich darum, künftig solche Terminüberschneidungen zu berücksichtigen.

Des Weiteren könne er die wiederholte Klage nach der Akustik im Ratssaal nicht verstehen. Er wies darauf hin, dass er bereits seit 28 Jahren dem Rat der Stadt Emden angehöre und er habe in dieser Zeit noch nie Beschwerden erlebt. Er bat, darauf zu achten, dass jeder Redner das Mikrofon benutzen möge. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die vorhandene Anlage vor nicht allzu langer Zeit für viel Geld installiert worden sei. Im Hinblick auf die knappen Haushaltsmittel bittet er deshalb um Verständnis dafür, dass man diese Anlage nicht schon wieder austauschen könne.

**Herr Docter** gibt bekannt, dass, wie der Presse zu entnehmen gewesen ist, die Stadt Emden für ihre Bemühungen zum Energiesparen mit dem Solarpreis 2005 ausgezeichnet worden sei. Vergangenen Samstag habe man diesen Preis in Mainz zusammen mit einer schriftlichen Würdigung (Anhang des Protokolls) überreicht bekommen. Er möchte sich daher an dieser Stelle besonders bei Herrn Edzards von den Stadtwerken sowie auch bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Emden bedanken, die diesen Preis erst möglich gemacht haben. Hierauf könne man sehr stolz sein.

### **Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Stolz** bemängelt im Vorfeld die volle Tagesordnung und weist im Besonderen auf den Punkt 14 der heutigen Tagesordnung zu dem von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag hin, in dem es um das Fällen der Bäume am Hafentor gehe. Im vorangegangenen VA wäre dieser Punkt von großer Wichtigkeit gewesen, zumindest aber habe man die geplante Aktion in der Sitzung im September bekannt geben können. Dieser Stadtentwicklungsausschuss sei aber kurzfristig abgesagt worden, was er gleichfalls nicht verstehen könne. Er bittet darum, künftig weniger Punkte auf die Tagesordnung zu nehmen. Außerdem wundere er sich darüber, wie der Punkt „Fällen von Bäumen am Hafentor“ auf der Tagesordnung des VA stehen könne.

**Herr Woldmer** erwidert darauf, dass er nach Rücksprache mit **Herrn de La Lanne** einvernehmlich zu der Überzeugung gelangt sei, den Ausschuss im September ausfallen zu lassen, da man nur einen Punkt für diese Sitzung gehabt habe.

**Herr Docter** gibt zu bedenken, dass die Tagesordnung des Stadtentwicklungsausschusses 14 Tage vorher aufgestellt werde. Beim VA sei dies nicht der Fall, hier werde diese am Freitag vor der Sitzung aufgestellt. Zum Zeitpunkt, da der Stadtentwicklungsausschuss abgesagt worden sei, habe man tatsächlich nur einen Punkt für die Tagesordnung benennen können. Auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung habe man insofern keinen Einfluss gehabt, als man nicht vorhersagen könne, wie viele Anträge es gäbe, zudem habe der VA ebenfalls einen Punkt von seiner Tagesordnung auf die Tagesordnung des Stadtentwicklungsausschusses geschoben. Darauf könne man keinen Einfluss nehmen.

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

### **Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift Nr. 48 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 08.09.2005 wird einstimmig genehmigt.

### **Punkt : 4** Genehmigung der Niederschrift

**Herr Melles** bemerkt, dass es sich bei der vorliegenden Niederschrift nicht um die Nr. 48, sondern um die Nr. 49 handelt.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (Nr. 49) sowie Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice (Nr. 14) vom 22.09.2005 einstimmig genehmigt.

### **Punkt : 5** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

#### **5.1**

**Herr Ivens**, Wybelsum, beklagt sich über die jetzt geplante Verlegung des Fußweges von der Westseite auf die Ostseite, hiermit sei er nicht einverstanden. Um den Friedhof zu erreichen, müsse man viermal die Straße queren. Er habe sich mit seinem Einspruch auch bereits an den Bürgerverein gewendet. Außerdem werde man bei der geplanten Verlegung zum Räumen des Bürgersteiges bei Schnee herangezogen und habe Einschränkungen an den Grundstückseinfahrten hinzunehmen.

**Herr Docter** weist **Herrn Ivens** darauf hin, dass er in der Sitzung als Bürger lediglich das Recht auf eine Anfrage habe. Einsprüche könnten hier nicht entgegengenommen werden. Unter dem Punkt 7 der Tagesordnung werde hierüber ausführlich diskutiert werden können.

#### **5.2**

**Herr Davids**, Barenburg, spricht die Ausweisung von Bebauungsflächen in Barenburg an, insbesondere die vielen Stellplätze vor dem Glaspalast, die nur zu 90 % ausgelastet seien. Man habe in Barenburg genug Flächen, die bebaut werden könnten, er verweist in diesem Zusammenhang auf das Kasernengelände, so dass man nicht vorhandene Grünflächen für die Bebauung heranziehen müsse.

**Herr Docter** weist noch einmal darauf hin, dass Bürger unter dem Punkt „Anfragen“ lediglich Anfragen stellen könnten zu den Punkten auf der Tagesordnung. Da aber eine Bebauungsplanänderung in Barenburg nicht auf der Tagesordnung stehe, sondern es sich hier lediglich um eine Anfrage der FDP-Fraktion handele, könne man diese Anfrage lediglich zur Kenntnis nehmen, nicht aber diskutieren.

**Herr Dr. Bothe**, Barenburg, spricht die Ausweisung des Kasernengeländes als Bebauungsgebiet an. Er verlange eine Bürgerversammlung in Barenburg, die sich mit dem Thema Bebauung in Barenburg auseinandersetze, damit nicht gegen den Bürger entschieden werde. Zu diesem Zweck übergibt er **Herrn Docter** eine Liste mit 10 Fragen, deren Beantwortung er fordert. Er beschimpfte den Ausschuss als Zirkusveranstaltung und verwahre sich dagegen, dass die Verwaltung den Bürgern ohne Diskussion etwas vorschreiben könne.

**Herr Docter** weist zum dritten Mal darauf hin, dass die Themen „Kaserne“ und „Bebauungsplan Barenburg“ nicht auf der Tagesordnung stünden. Im Übrigen gebe es in Barenburg ein

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

sehr hohes Maß an Bürgerbeteiligung wie in kaum einem anderen Stadtteil. Als jederzeitiger Ansprechpartner sei hier unter anderem der Stadtteilbeirat, der einmal im Monat tage, zu nennen. Dies sei sehr demokratisch und im Übrigen habe man die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung immer eingehalten. Er sei sehr enttäuscht, dass der Rat der Stadt Emden als Zirkusveranstaltung beschimpft werde. Der Rat übernehme nicht blind Entscheidungen der Stadtverwaltung und auf der anderen Seite setze die Verwaltung auch keine Beschlüsse ohne Ratsentscheidung durch. Im Übrigen haben die Fraktionen wiederholt Bürgerversammlungen in Barenburg initiiert. Weder Rat noch Verwaltung haben Ängste auf die Bürger zuzugehen, aber es gebe Spielregeln, an die sich jeder zu halten habe.

Auch **Herr Woldmer** spricht sich aufs schärfste dagegen aus, den Ausschuss als Zirkusveranstaltung zu bezeichnen. Er bittet ausdrücklich um die gebührende Sachlichkeit.

### **Punkt : I            B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**Punkt : 6**            Vorlage 14/1580-02  
50. Änderung des Flächennutzungsplanes (Bereich Eisenbahndock);  
- Änderung des Geltungsbereiches  
- Öffentliche Auslegung (Stadium II)

**Herr Docter** führt kurz die Vorlage aus. Der Bebauungsplan soll ebenfalls bald vorgelegt werden, wobei es aber noch einige Punkte zu klären gebe. Er freue sich darüber, dass die Emdener Firma EBB und die Hamburger Firma aurelis sich über einen Preis zum Verkauf des Grundstückes geeinigt haben, damit sei die Grundlage geschaffen. Einzelheiten des Grundstücksvertrages müssten allerdings noch ausgearbeitet werden.

Auch **Herr Fortmann** weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich lediglich um eine grobe Planung handelt und macht auf die dem Protokoll beigefügte Änderung des Geltungsbereiches aufmerksam.

Zu den Eingaben sei zu bemerken, dass die Tischlerei Bestandsschutz habe. Sollte der Betrieb schließen, werde allerdings keine neue Nutzungsgenehmigung erteilt werden. Die Bäume östlich des Bunkers bleiben erhalten und werden als Park angelegt. Zu den Objekten der Petkumer Straße soll über den Investor ein Zaun realisiert werden. Im Flächennutzungsplan ist eine Straße nicht vorgesehen, da diese außerhalb des Geltungsbereiches verläuft.

**Herr Bongartz** findet es sehr erfreulich, dass dieses Projekt so schnell vorangetrieben werden könne. Er sieht das als sehr positiv, zumal es auch durch eine Emdener Firma entwickelt werde. Er wird die Verwaltung diesbezüglich im Namen seiner Fraktion noch zu einem Gespräch einladen, in dem dann auch mehr Einzelheiten geklärt werden könnten. Zudem könne man dann auch im Einzelnen auf die Einwendungen eingehen.

**Herr Bornemann** schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen von **Herrn Bongartz** an. Wie dieser sei auch er erfreut darüber, dass dies unter Mitwirkung einer Emdener Firma möglich sei. Er stimme daher der Vorlage auf jeden Fall zu.

**Herr Janßen** spricht die geplante Umgehungsstraße an und möchte wissen, ob dies bei der Planung berücksichtigt worden sei.

**Frau Eilers** ist der Ansicht, dass diese Bebauung die Innenstadt sehr beleben werde. Sie frage sich allerdings, ob der dort geplante Lebensmittelmarkt mit einer Fläche von 3.000 m<sup>2</sup>

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

nicht eine Konkurrenz zu den Geschäften der Innenstadt darstelle. Außerdem wüsste sie gerne, ob denn die „Kulturstadt“ noch geplant sei.

**Herr Docter** gibt an, dass der Zubringer im Wettbewerb berücksichtigt worden sei.

Die Lage des Lebensmitteldiscounters sei von der Firma Lademann und Partner geprüft und für möglich befunden worden, eine Konkurrenz zur Innenstadt werde hier nicht gesehen.

Das Verwaltungsgebäude am gegenüberliegenden Ufer sei Teil des B-Planes der Wasserstadt. In diesem sei die Trasse einer möglichen Umgehung berücksichtigt worden. Dies sei aber eine längerfristige Planung.

Der bisherige Lärm der Betriebe sei aufgenommen worden und dies gerate nicht in Konflikt mit der Wohnbebauung. Man plane daher nicht, die Betriebe umzusiedeln.

**Herr Janßen** weist auf den trostlosen Zustand des Bahnhofsvorplatzes hin und möchte noch wissen, was mit dem Bunker geplant sei.

**Herr Docter** erklärt, dass der Bunker in das Eigentum des Erwerbers übergehe. Konkrete Planungen habe dieser in Bezug auf den Bunker noch nicht vorgelegt. Man wolle ihm die Zeit lassen, sich eine entsprechende Nutzung zu überlegen.

Beschluss: 1. Der Geltungsbereich wird entsprechend der Anlage 1 und wie in der Begründung erläutert geändert.

2. Der Entwurf und die Entwurfsbegründung der 50. Änderung des Flächennutzungsplanes und die nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/1637-03  
Dorferneuerung Wybelsum/Logumer Vorwerk

**Herr Docter** erläutert die Vorlage. Es habe Anfang Juli zu dem Thema Ausbau eine Bürgerversammlung gegeben, während dieser verschiedene Anregungen und Überlegungen der Bürger dazu geführt hätten, dass eine geänderte Planung vorgelegt werde. Auf einer erneuten Bürgerversammlung sei die Beteiligung sehr gering gewesen. Man habe sich dann aber entschlossen, den geplanten Fußweg auf der Ostseite dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen, um einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Ein Fußweg an der Nordseite der Kloster-Langen-Straße in Höhe Bushaltestelle komme nicht in Frage, da dieser sehr aufwendig und kostenintensiv sei. In den letzten Tagen seien die Anlieger allerdings an die Stadtverwaltung und den Bürgerverein herangetreten. Der Fußweg an der Ostseite sei heftig diskutiert worden, u. a. gehe es um den Winterstreu- und Räumdienst sowie um die Überquerung des Fußweges beim Befahren des Grundstückes. Gleichwohl schlage die Verwaltung die vorgelegte Planung Ostseite vor, sollte allerdings die Westseite erneut gewünscht werden, dann könne dies auch aufgenommen werden als abweichender Beschluss. Wegen der Beantragung der Gelder beim GLL sei es allerdings wichtig, möglichst schnell einen Beschluss zu fassen, da man eine Frist bis zum 15. Dezember 2005 einzuhalten habe.

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

**Herr Odinga** gibt an, dass auch er auf dieser Bürgerversammlung anwesend gewesen sei. Er müsse allerdings die geringe Beteiligung der Anlieger bemängeln und wundere sich über die jetzt entstandene Diskussion. Der Bürgerverein habe sich für die Verlegung des Fußweges zur Ostseite ausgesprochen und er sei daher der Meinung, dass nunmehr auch der Stadtentwicklungsausschuss beschließen solle. Eventuell könne man den Beschluss so fassen, dass über die geplante Seite noch nicht entschieden werde.

**Herr Melles**, der gerne auf die Wünsche der Bürger eingehe, kann diese Diskussion nicht nachempfinden. Die Sauberhaltung des Gehweges als Grund für die Ablehnung reiche ihm nicht aus.

**Herr Slieter** vertritt die Auffassung, man solle einen Beschluss fassen mit dem Zusatz, offen zu lassen, auf welcher Seite man den Fußweg bauen wolle.

**Herr Docter** erklärt hierzu, dass beim GLL die Anträge gestellt werden müssten, dies beinhalte auch eine Kostenschätzung. Deshalb müsse eine Beschlussempfehlung für den VA gefasst werden, bis dahin könne dies in den Fraktionen noch endgültig entschieden werden.

**Herr Janssen** gibt zu bedenken, dass der VA bereits am Montag tage, daher also nicht mehr wegen der Kürze der Zeit die Möglichkeit gegeben sei, dies in den Fraktionen zu beraten.

**Herr Stolz** spricht sich für eine Entscheidung aus. Die Argumente lägen vor und deshalb solle der Ausschuss jetzt nicht kneifen.

**Herr Docter** schlägt als Kompromiss vor, diese Vorlage bis zum Stadtentwicklungsausschuss am 1. Dezember 2005 zu vertagen und bis dahin eine Entscheidung zu treffen.

Beschluss: Abweichend von dem Beschlusssentwurf wird vorgeschlagen, die Vorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.12.2005 zu beschließen.

Ergebnis: einstimmig zurückgestellt

**Punkt : 8** Vorlage 14/1842-00  
Abschluss eines Verkehrsvertrages zwischen den Landkreisen Aurich, Friesland, Leer und Wittmund sowie den kreisfreien Städten Emden und Wilhelmshaven und dem Verkehrsverbund Ems-Jade

**Herr Bornemann** ist der Meinung, dass sich ein Vortrag in dieser Sache erübrigt.

**Herr Stolz**, der auch im VEJ vertreten und deshalb gut informiert ist, vertritt die Ansicht, dass hier eine Chance zur Darstellung in der Öffentlichkeit vertan werde, da er diesen Vertrag für eine bemerkenswert gute Idee halte. Gleichwohl schließe er sich aufgrund der vollen Tagesordnung der Meinung des Ausschusses an, die Vorlage ohne Vortrag zu beschließen.

Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Verwaltungsausschussfolgenden Beschluss zu fassen:  
„Der als Anlage beigefügte Verkehrsvertrag zwischen den Landkreisen Aurich, Friesland, Leer und Wittmund sowie den kreisfreien Städten Emden und Wilhelmshaven und dem Verkehrsverbund Ems-Jade wird abgeschlossen.“

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

**Punkt : 9** Vorlage 14/1906-00  
Startnotiz über eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zum Zwecke der Errichtung von zwei Biomassekraftwerken der Firma Evelop B.V. in Delfzijl (NL)

**Herr Fortmann** führt die wichtigsten Punkte der Vorlage aus. Er weist darauf hin, dass es sich lediglich um den Beginn des Verfahrens handele, in dem es darum gehe, was in der UVP Berücksichtigung finden werde.

**Frau Eilers** möchte wissen, was für eine Bedeutung die beiden Kraftwerke für das Emdener Kraftwerk haben. Sei auch hier die Anlieferung per Schiff geplant und entstehe hier evtl. eine Konkurrenz?

**Herr Bongartz** ist der Meinung, dass man den Niederländern nicht verwehren könne, was man sich selber erlaubt habe. Es sei ihm allerdings nicht klar, warum diese beiden Kraftwerke gebaut würden, da doch ca. 20 km weiter bereits ein ähnliches Kraftwerk gebaut worden sei.

**Herr Melles** weist darauf hin, dass man in Wilhelmshaven eine ähnliche Situation habe.

**Herr Odinga** möchte wissen, welche Abfallstoffe und Chemikalien dadurch nach Emden kommen.

**Herr de La Lanne** weist auf den steigenden Energiebedarf hin. Dieser müsse u. a. durch Biomassekraftwerke abgedeckt werden. Der Schiffsverkehr spiele sowohl für Emden als auch für die Niederländer eine große Rolle. In Konkurrenz werde man allerdings nicht treten.

**Frau Pohlmann** möchte wissen, wie detailliert Auskunft über das Verfahren gegeben werde.

**Herr Docter** erläutert, dass das Umweltrecht auch EU-Recht sei. Unterschiede gebe es lediglich bei der Durchführung der Verfahren. In diesem Fall sei man nur darüber informiert worden, dass das Verfahren begonnen werden soll. Dazu werde die Stadt Emden aufgefordert anzugeben, was nach ihrer Ansicht untersucht werden solle. Eine Einladung zu einem Erörterungstermin werde man noch erhalten. Eine endgültige Stellungnahme müsse man dann zu gegebener Zeit noch abgeben, es sei aber zu sagen, dass es sich im Wesentlichen um das gleiche Kraftwerk wie in Emden handele.

**Beschluss:** Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:  
„Im Beteiligungsverfahren gibt die Stadt Emden die der Vorlage 14/1906-00 als Anlage beigefügte Stellungnahme ab.“

**Ergebnis:** einstimmig

## **Punkt : II MITTEILUNGSVORLAGEN**

**Punkt : 10** Vorlage 14/1853-00  
CO<sub>2</sub>-Bericht der Stadt Emden

**Herr Kinzel** erläutert die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation. Der den Ausschussmitgliedern vorliegende CO<sub>2</sub>-Bericht ist im Auftrag der Verwaltung von der Firma IfE erstellt worden.

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

**Herr Stolz** zeigt sich sehr erfreut über den Bericht. Hier sei von den Stadtwerken, der Firma IfE und dem Fachdienst 362 sehr gute Arbeit geleistet worden. Seiner Meinung nach könne man allerdings noch mehr tun und man müsse sich auch weiter dieser Sache annehmen.

So werde der Naturstrom in Emden von nur 16 Haushalten angenommen worden, dagegen stünde eine Zahl von 24.000 Haushalten. Er gibt zu bedenken, das Öl und Uran sich dem Ende zuneigt und es daher wichtig sei, weiterhin nach Alternativen zu suchen.

Hierbei sei insbesondere die Autoindustrie zu beklagen, der es noch nicht gelungen sei, ein Auto mit sehr geringem Benzinverbrauch auf den Markt zu bringen.

**Herr Bongartz** spricht die von den Stadtwerken und IfE in seiner Fraktion vorgestellten Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs im Krankenhaus an. Seine Fraktion werde in der nächsten Zeit einen Antrag stellen zu prüfen, ob es eine juristisch fundierte Möglichkeit gebe, neu zu errichtende Einfamilienhäuser energiesparend zu errichten. Er denke dabei besonders an die von den SWE geförderten Solaranlagen.

**Herr Bornemann** ist der Meinung, dass die Energieeinsparung noch besser werden könne. Er weist aber darauf hin, dass die Bilanz in Emden gut sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die in den Schulen gemachten Energiesparprogramme, die einen guten Erfolg erzielt haben.

**Herr Docter** appelliert an alle, den Blick nach oben auf die Dächer zu richten. Hier könne man sehen, dass viele Menschen die Förderung von Brennwertkesseln und Solaranlagen in Anspruch genommen haben. Dies sei im Umkreis beispielhaft.

**Herr de La Lanne** verweist auch auf die vielen Maßnahmen zur regenerativen Energieförderung, was zudem noch Arbeitsplätze schaffe. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Projekte „Emders up Rad“, „Stadtwald“ und Windenergieanlagen sowie viele andere Maßnahmen der Verwaltung hin und ist der Meinung, dass man hier schon sehr viel geschaffen habe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 11** Vorlage 14/1904-00  
Sanierung Barenburg;  
- Sachstand Rückbau westlicher Glaspalast und  
- Sachstand weiteres Vorgehen Wohnungsmodernisierung

**Herr Fortmann** stellt mit Bedauern fest, dass man die erforderliche Zustimmung zum Abriss des Glaspalastes nicht erhalten habe. Die beantragten EFRE-Mittel müssten zurückgezahlt werden, da man bis Ende Dezember 2005 leider keine Möglichkeit sehe, den Abriss noch ermöglichen zu können.

**Herr von Fehren** bedauert dies außerordentlich, da dies seiner Ansicht nach das Hauptziel gewesen sei und man so kurz vor dessen Realisierung gestanden habe, zumal die erforderlichen Mittel zur Verfügung stünden. Leider müsse man sagen, dass die Eigentümer falsch informiert worden seien, gleichwohl bittet er aber die Verwaltung in ihrem Bemühen um den Abriss des Glaspalastes nicht nachzulassen, auch wenn dies erst in den nächsten Jahren der Fall sein werde.

Er bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbeirat Barenburg bei der Umsetzung der eingebrachten Vorschläge.

**Herr Bornemann** bedauert es ebenfalls, dass der Abriss nicht zustande gekommen ist und man diesen wohl für einige Jahre zu den Akten legen müsse. Dabei sei es sicher außerge-



## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

wöhnlich, dass die Finanzierung gesichert sei, man die Maßnahme aber trotzdem nicht durchsetzen könne. Gleichwohl müsse man die gegebene Situation annehmen.

Die Frage, ob noch Bauland in Barenburg erforderlich sei, müsse er bejahen. Wichtig sei es aber ebenfalls, die Wohnungssanierung voranzutreiben und Wohnungsgrößen den Erfordernissen anzupassen. Dabei müsse man allerdings auch sehen, dass die Verwalter der Häuser nicht gleich deren Eigentümer seien. Eine Bezahlbarkeit der Wohnungen müsse auch auf jeden Fall im Auge behalten werden.

**Herr Bongartz** erstaunt es, dass zu Anfang keiner den Abriss des Glasplastes gewollt habe und man ihn heute unbedingt durchsetzen wolle. Man müsse sich hier aber damit abfinden, dass die Eigentümer diesem Abriss nicht zugestimmt hätten.

Die Frage sei für ihn, ob man die Eigentümer nicht ordnungstechnisch belangen könne, um so eine Meinungsänderung herbeizuführen. Würde die Verwaltung einen solchen Katalog vorlegen, würde er aus seiner Sicht diesen sofort beschließen.

**Herr Docter** weist darauf hin, dass es ein gleiches Recht für alle gebe, das sei das Wesen des öffentlichen Rechts. Man komme dadurch in ein Gleichbehandlungsprinzip, den sich auch alle anderen Bewohner Barenburgs zu unterwerfen hätten. Nicht so professionelle Verwalter wie die des Glaspalastes seien in Barenburg eher das Problem.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### **Punkt : III ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN**

**Punkt : 12** Vorlage 14/700-01  
Erhalt des Zollhauses im Hafen;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 27.09.2005

Eine Antragseläuterung seitens der FDP-Fraktion wird nicht gewünscht.

**Herr de La Lanne** gibt zur Rechtslage an, dass Eigentümerin des Zollhauses das Land Niedersachsen sei. Das Zollhaus sei eingetragen nach § 3 des Denkmalschutzgesetzes, somit sei der Erhalt juristisch gegeben und das Land Niedersachsen verpflichtet, sich an den Denkmalschutz zu halten. Die Grundstücke sollen der NPorts, die eine GmbH & Co. KG sei, übertragen werden. Dann erst könne die Stadt zuständig sein. Es seien in der Vergangenheit viele Gespräche mit den Niedersachsen Ports und dem ehemaligen Stadtbaurat **Herrn Röttgers** über den Erhalt des Hauses geführt worden. Auch mit dem jetzigen neuen Leiter von NPorts habe man bereits gesprochen. Zurzeit habe man von einer Abrissplanung Abstand genommen, sobald sich eine konkrete Lösung abzeichne, werde die Stadt Emden als Untere Deichbehörde an dem Planverfahren beteiligt. Der Brief vom 19.10.2005 von Herrn Snippe ist dem Protokoll beigefügt.

**Herr Melles** verweist darauf, dass Grund und Boden als Kapital in Wilhelmshaven bereits übereignet worden seien.

**Herr de La Lanne** weiß, dass dies für Emden noch nicht zutrifft, denn erst mit Eintragung in das Grundbuch wäre dies rechtskräftig und hier lege noch keine Eintragung vor.

**Herr Bongartz** möchte wissen, ob eine Abrissgenehmigung zurückgenommen worden sei oder sei es vielmehr so, dass bei einer geänderten Planung kein Abbruch mehr erfolgen dürfe. Er bittet um Klärung, ob eine entsprechende Genehmigung noch vorhanden sei und bittet, dieses über das Protokoll bekannt zu geben.

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

**Herr Docter** macht darauf aufmerksam, dass sich das Zollhaus auf dem Deich befinde. Hier spiele auch das Deichrecht eine große Rolle. Eine große Chance zum Erhalt sehe er allerdings in der Tatsache, dass viele Menschen sich gegen einen Abriss ausgesprochen haben. Das Gebäude sei zum Nutzzweck erbaut, aber man müsse die Lage Deichbereich im Hinterkopf behalten.

**Punkt : 13**      Vorlage 14/1905-00  
Sachstandsbericht Bebauungsgebiet "Engelkestraße", Barenburg;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 14.10.2005

Eine Antragseläuterung seitens der FDP-Fraktion wird nicht gewünscht.

**Herr Fortmann** stellt anhand von Plänen dar, dass die vorgestellte Fläche eigentlich gut zu bebauen sei, man hier aber auf den Widerstand der Grundstückseigentümer stoße. Daher sehe man von einer Bebauung ab, denn eine evtl. Klage würde sich über Jahre hinausziehen.

**Herr Docter** verweist ebenfalls auf den Aspekt von **Herrn Fortmann**, dass die Eigentumsverhältnisse eine Bebauung nicht ermöglichen. Eigentümer der südlichen Seite seien die Fondsmitglieder des Glaspalastes und man gehe von langen Prozeßverfahren im Falle der Aufhebung des Planungsrechtes aus.

**Herr Bornemann** führt aus, dass der Bolzplatz über viele Jahre sehr gut genutzt worden sei. Dieser solle nun wieder in einen besseren Zustand versetzt werden, aber den Bolzplatz zu verlegen, halte er für keine gute Idee.

Die Ausführungen von **Herrn Docter** und **Herrn Fortmann** könne er bestätigen, denn auch dem Stadtteilbeirat sei bekannt, dass der Investor eine Bebauung verhindern werde. Er spreche sich aber dafür aus, dass Barenburg Baumöglichkeiten erhalte, auch wenn dies durch den Wegfall der Eigenheimzulage erschwert werde. Der Rat habe in der Vergangenheit beschlossen, Brachflächen zu bebauen und eine einfache Grasfläche sehe er nicht als Grünanlage an. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Wohnbebauung in Wolthusen gegenüber dem Sportplatz. Auch diese Grünfläche sei bebaut und gut angenommen worden.

**Frau Eilers** findet es schwierig, dass **Herr Bornemann** als Vorsitzender des Stadtteilbeirates auch im Rat sitze. Aus ihrer Sicht sei das nicht ganz in Einklang zu bringen, da man das Thema Bebauung in Barenburg auf Dauer nicht umgehen könne.

**Herr von Fehren**, ebenfalls Mitglied des Stadtteilbeirates, weist dies von sich. Die Politik sei im Beirat in der Vergangenheit vor der Tür gelassen und werde dies auch in Zukunft so halten. Man stelle sich immer die Frage was der Stadtteilbeirat machen könne und nicht, welche Partei.

Auch **Herr Bornemann**, der seit langer Zeit in Barenburg lebt, ist überzeugt davon, dass er Politik und Beirat gut trennen könne.

**Herr Docter** verweist auf die Maßnahme Eisenbahndock. Auch hier befinde man sich in einer schwierigen Situation, gleichwohl müsse man es zur Kenntnis nehmen, dass der Eigentümer der Fläche an der Engelkestraße eine Bebauung nicht zu lassen.

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

**Punkt : 14** Vorlage 14/1888-01  
Baumschutzsatzung;  
- Fällen von Bäumen am Hafentor;  
- Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 18.10.2005

**Herr Stolz** weist noch einmal, wie auch schon unter Punkt 2 der Tagesordnung, darauf hin, dass er in Zukunft darum bitte, die Tagesordnung kürzer zu halten.

**Herr Stolz** wirft der Verwaltung vor, die Verwaltung habe den Rat über die Maßnahme weder richtig noch rechtzeitig informiert und damit gegen die Baumschutzsatzung verstoßen. In der Baumschutzsatzung sei ausdrücklich festgelegt, dass Wurzeln bei Baumaßnahmen zu schonen seien. Nach § 11 der Satzung werde das Fällen ohne Ausnahmegenehmigung sogar mit einer Geldbuße belegt. Er könne nicht verstehen, warum die Verwaltung noch nicht einmal die nach § 7 mögliche Ausnahmegenehmigung beantragt habe. Aber auch hierfür hätte es einer Information bzw. eines Beschlusses des Rates bedurft. Da keine Genehmigung vorliege könne er die Baumfällaktion überhaupt nicht akzeptieren, denn die neuen Bäume könnten die alten nicht ersetzen.

Selbst 14 Tage vor dieser Maßnahme habe es keine Vorlage dazu im VA gegeben.

**Herr Docter** weist diese Vorwürfe zurück. Eine Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde zum Fällen der Bäume liege vor.

Die geänderte Planung habe er sowohl dem Stadtentwicklungsausschuss als auch dem VA vorgestellt, so dass die gestalterischen Notwendigkeiten bekannt gewesen seien. Die Bushaltestelle sei sowohl von den Stadtwerken als auch von der Stadtführergilde gefordert worden und darum habe man den ursprünglichen Plan geändert.

Zudem habe der Fachdienst 362 zusammen mit den Fachleuten vom BEE und des FD 361 die Bäume begutachtet und dabei seien verschiedene, nicht auf den ersten Blick erkennbare Krankheiten festgestellt worden. Er betont ausdrücklich, dass er die Arbeit seiner Mitarbeiter voll unterstütze. Nur an einem Baum seien Beschädigungen durch die Baumaßnahme entstanden. Die anderen 5 seien mehr oder weniger krank gewesen, darum würden sie jetzt durch die 30 Jahre jungen Bäume ersetzt werden.

Er zeige sich aber sehr enttäuscht darüber, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den genauen Sachverhalt nicht hinterfragt hätten, bevor sie bei der Polizei eine Anzeige erstattet hätten. Diese sei zwar inzwischen abgewiesen worden, aber man habe doch erst das Gespräch mit der Verwaltung suchen sollen.

**Herr Stolz** räumt ein, dass der Plan für das Gelände am Hafentor grundsätzlich nicht schlecht sei, aber die Stadt hätte zumindest auf die Beschädigung eines Baumes durch ein Baufahrzeug reagieren müssen. Ihm reiche die Begründung der Verwaltung deshalb nicht aus. Zumindest bleibe bei ihm ein „komisches Gefühl“.

**Punkt : 15** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### **15.1**

**Herr Docter** gibt bekannt, dass sich die Straßenausbauplanung für Logumer Vorwerk auf unter 40.000,- Euro beliefe. Die Gegenfinanzierung könne durch den Haushalt stattfinden.

## **Niederschrift Nr. 50 über die öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 03.11.2005**

### **15.2**

**Herr Docter** bemerkt, dass an dieser Stelle auf Wunsch des Verwaltungsausschusses noch ein Vortrag von **Herrn Fortmann** gehalten werden sollte über Traufhöhen. Da die Zeit heute knapp bemessen sei, werde man dies im nächsten Stadtentwicklungsausschuss am 01.12.05 nachholen.

### **15.3**

**Herr Fortmann** informiert über eine Starnotiz zur UVP für eine Thermische Reinigungsanlage in Emshaven.

## **Punkt : 16 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"**

**Herr Fortmann** berichtet, dass die Ausschreibung für den geplanten Fußweg am Trecktief zum Wochenende in der Presse veröffentlicht werden könne, so dass dieser noch in diesem Jahr begonnen werden könne.

## **Punkt : 17 Anfragen**

### **17.1**

**Herr von Fehren** macht den Vorschlag, den der Stadt Emden verliehenen Umweltpreis für die Touristenwerbung zu vermarkten.

**Herr Woldmer** findet diese Anregung gut und **Herr Docter** verspricht, diese Idee aufzugreifen.

Nach Schließung der Sitzung spricht **Herr Davids** bei der Protokollführerin vor und gibt an, dass es sich bei den von **Herrn Bothe** vorgelegten Schreiben um 110 Einwendungen der Bürger Barenburgs zu der derzeit beim FD 361 öffentlich ausliegenden Entwurfsplanung D 82 A handelt. Er bittet darum, diese Einwendungen dem Fachdienst Stadtplanung zu übergeben.